



03. November 2006
Nr. 30

Beamtenbund warnt Landesregierung vor Eingriffen bei Beamten

Ergebnis der Online-Befragung: Über 8 000 Teilnehmer und über 96 Prozent sprechen von Vertrauensbruch und Wahlbetrug

Die Botschaft ist eindeutig: Von den 8233 Teilnehmern der Online-Befragung, die der Beamtenbund Baden-Württemberg (BBW) am 24. Oktober auf seiner Homepage gestartet hat, bescheinigten bis heute (Stand 3. November 12.00 Uhr) über 96 Prozent der Landesregierung Vertrauensbruch und Wahlbetrug an Beamten, sollten Kabinett und Landtag im Rahmen der Haushaltsberatungen Einsparungen im Beamtenbereich beschließen. Mit dem Hinweis auf das Ergebnis seiner Umfrage, warnt der BBW die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen der CDU und FDP noch einmal davor, sich entgegen aller Zusagen erneut bei den Beamtinnen und Beamten zu bedienen. BBW-Chef Volker Stich erklärte am heutigen Freitag in Stuttgart, Christdemokraten und Liberale im Land samt ihrer Fraktionen im Landtag seien dabei, wieder gewonnenes Vertrauen leichtfertig zu verspielen. Denn Stich ist sich sicher: „Das Ergebnis unserer Befragung hat repräsentativen Charakter.“

Selbst beim Beamtenbund hat man nicht damit gerechnet, dass die Resonanz auf die Online-Befragung so groß sein würde. Noch immer klicken sich täglich fast 1000 Besucher auf der Homepage des BBW ein, um ihre Stimme abzugeben. Deshalb hat sich der BBW auch entschlossen, seine Online-Befragung zu verlängern.

Bei genauer Betrachtung der Umfrage wird deutlich, dass sich nicht alle, die ihre Stimme abgegeben haben, zu allen drei Fragen geäußert haben. Die meisten, nämlich 8219 (99,93 Prozent aller Teilnehmer), haben sich an Frage 1 beteiligt und der Landesregierung deutlich zu verstehen gegeben, was sie von ihr halten, sollten Beamtinnen und Beamten im Doppelhaushalt 2007/2008 erneut in Sparmaßnahmen eingebunden werden. Für immerhin 7967 und somit 96,93 Prozent steht fest, dass die Regierung damit einen Vertrauensbruch und Wahlbetrug begeht.

Fast genauso hoch ist die Anzahl derer, die gegenüber der Landes-CDU und ihrer Fraktion ihr Misstrauen bekundet haben. Von 8207 Teilnehmer (99,68 Prozent aller Teilnehmer) bescheinigen 7875, das sind 95,95 Prozent, dass sie kein Vertrauen mehr zu den Christdemokraten haben, sollten Beamte wieder zur Kasse gebeten werden.

Die Liberalen kommen bei der Frage nach dem Vertrauen ein klein wenig besser weg. Von 8182 Teilnehmern (99,38 Prozent aller Teilnehmer) sagen 7826 und damit 95,64 Prozent, dass sie bei erneut verordneten Sparmaßnahmen für Beamte kein Vertrauen mehr in die Landes-FDP und ihre Fraktion haben.

PresseinfO